



[www.pg.blogsport.de](http://www.pg.blogsport.de)

**Juli  
2015**

**Ein Flüchtlingsproblem  
gelöst: Kosovaren  
zurück in den Kosovo 3**

---

**Neues aus der deutschen  
Willkommenskultur:  
Die Wanderarbeiter aus  
Osteuropa 9**

---

**Manuela Schwesig  
gendert den Kapitalismus:  
Die Klassenherrschaft  
wird weiblicher 14**

## Vortrag

# Die Katastrophe Flüchtling: Global überflüssig gemacht und von den Staaten als Last behandelt

---

Mitschnitt des Vortrags vom  
18. Juni 2015 in Bremen:  
<http://argudiss.de/node/337>

Die katastrophale Lage von Flüchtlingen ist bekannt. Wobei Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer nur die Spitze sind. Wer da mit seiner Kritik loslegt, kommt zu spät.

Der Katastrophe erster Teil: Tausende riskieren Monat für Monat ihr

Leben für eine Flucht nach Europa, Millionen machen sich ständig neu auf die Flucht, weil in ihren Herkunftsregionen ihre Existenz bedroht ist. Sind die Gründe für die massenhafte Mittellosigkeit egal bei der Frage, was die angemessene Antwort ist? In Europa kreist zwischen Politikern und Bürgern die Frage, was wir mit den Flüchtlingen machen, wie wir ihnen helfen sollen. Passt das überhaupt auf diese offensichtlich nicht vorübergehend eingerissene, sondern systematisch produzierte Notlage?

Und wenn in Europa schon nur auf die hier ankommenden Flüchtlinge geguckt wird, wie passiert es denn? Da wollen sich Flüchtlinge, die es überhaupt bis nach Europa bringen, hier einen Lebensunterhalt erwerben, für den sie in ihren Herkunftsländern keine Aussicht sehen. Sie bekommen in Europa eine Antwort, die Bürger und Politiker völlig naheliegend und edel finden, die aber gar nicht selbstverständlich ist: Alle erklären, dass Flüchtlinge Fälle humanitärer Hilfe sind. Sie meinen damit gar nicht nur eine erste Hilfe wie Seenotrettung und für die vollkommen mittellose Anlandenden. Gute Menschen und politisch Zuständige gehen einvernehmlich davon aus, dass die meisten Flüchtlinge Fälle von Hilfe bleiben.

Das ist nicht selbstverständlich. Denn das unterstellt das Urteil, dass der Wille der Flüchtlinge, sich einen Lebensunterhalt zu erwerben, auch in Europa nichts gilt und für ihn hier kein Platz ist. Das ist die Kehrseite davon, dass Europas Politiker und Bürger nur die humanitäre Berechtigung der Flüchtlinge dafür respektieren, dass man sie rettet und existieren lässt, dieses erbärmliche Zugeständnis, dass sie doch Menschen sind. Dann kommen Flüchtlinge aus einer Existenz, die mit Zugeständnissen und Zuwendungen steht und fällt, nicht heraus. **Weiter S. 18**

## Ein Flüchtlingsproblem gelöst: Kosovaren zurück in den Kosovo

Zu Jahresbeginn rollt eine Flüchtlingswelle, schlimmer noch: eine „Asyl-Lawine aus dem Kosovo“ (FOCUS Online 17. 2. 15) auf Deutschland zu. „Täglich fliehen bis zu 1500 Kosovaren“ mit Kind und Kegel nach Serbien, überqueren bei Nacht und Schnee zu Fuß und illegal die EU-Grenze nach Ungarn, um über Österreich nach Deutschland zu gelangen. Die deutsche Botschaft in Pristina schlägt Alarm und meldet an das Auswärtige Amt, „das Kosovo stehe vor einem ‚Massenexodus‘, der ‚nur durch schnelle Maßnahmen vor allem in Deutschland‘ gestoppt werden könne. Allein aus Pristina nähmen täglich ‚500 Personen Busse nach Serbien‘. Innerhalb eines Jahres, so die Hochrechnung, könnten 300.000 Personen das Land verlassen—ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.“ (SPIEGEL ONLINE, 8. 2. 2015)

Schon im März kann die nationale Zählstelle, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber „Entspannung melden. Die Flüchtlingswelle ebbt ab“ (Die Zeit, 4. 3. 2015), und zumindest an diesen Grenzen ist die Welt wieder in Ordnung.

Über die Fluchtgründe wird man zwischenzeitlich ausreichend informiert.

„Wir haben die Unabhängigkeit, aber nichts zu essen‘, „sagt der 27-jährige Hasan Fazliu, der seinen einjährigen Sohn in den Armen trägt.“ (Die Welt, 10. 2. 2015). „Die Ankömmlinge wüssten zwar, dass sie in Deutschland nicht dauerhaft bleiben könnten.“ Aber zur Auslösung besagter Lawine reicht es schon, dass, „bis der Asylantrag inklusive Beschwerde dagegen abgelehnt sei, mehrere Wochen“ vergehen. „Im Container ist es warm und sauber, es gibt dreimal täglich kostenloses Essen und zudem monatlich Sozialhilfe sowie Taschengeld.“ (NZZ, 7. 3. 2015) Und die gelehrte Welt liefert Hintergrundwissen zum besseren Verständnis für die nicht vorhandenen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in ihrer Heimat:

*„Um die Massenflucht der Kosovo-Albaner nach Westeuropa verstehen zu können, muss man sich die tragische soziale Situation vor Ort vor Augen führen. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben etwa 17 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut (Ausgaben von weniger als 0,94 Euro pro Tag) und 45 Prozent in absoluter Armut (weniger als 1,42 Euro pro Tag). Etwa 16 Prozent der Kinder sind von Nahrungsmangel und dadurch verursachten Wachstumsstörungen betroffen. Aufgrund von Mangelernährung leiden etwa 16 Prozent der Schulkinder und 23 Prozent der Schwangeren unter leichter Anämie. Die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit ist weiterhin erheblich höher als in den umliegenden Regionen und in Europa. Die Weltbank schätzte zuletzt, dass mehr als 35 Prozent aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch einer Ausbildung oder Beschäftigung nachgehen. Die Arbeitslosigkeit wird auf über 40 Prozent, bei Jugendlichen auf über 70 Prozent geschätzt.“ (Dusan Reljic, Stiftung Wissenschaft und Politik, 13. 2. 2015)*

### **Unser Kosovo**

Unter dem Titel Flüchtlingswelle firmiert hier immerhin derselbe Menschenschlag, für den sich Europa vor 15 Jahren brennend interessiert und für zuständig erklärt hat. Damals galt das Schicksal dieser Figuren als eine regelrechte „*humanitäre Katastrophe*“; ganz Europa konnte einfach nicht mit ansehen, wie mit den bedauernswerten Leuten umgesprungen wurde; das Mitleid reichte sogar bis nach Amerika, so dass die gesamte NATO den armen Kosovaren zu Hilfe kommen musste. Ihretwegen wurde das Völkerrecht extra um ein Recht auf „*humanitäre Intervention*“ erweitert, ihretwegen musste ein grüner Außenminister sich und seine Republik von einem tiefempfundenen Pazifismus verabschieden und dafür agitieren, „*daß wir mit militärischen Mitteln, mit einem Krieg Milosevic Einhalt gebieten müssen*“ (Joschka Fischer, 13. 5. 99), und ihretwegen wurde diese Mission schließlich per Bombenkrieg gegen die serbischen Unterdrücker vollstreckt.

Derselbe Menschenschlag wird heute als eine einzige Zumutung gehandelt, wenn er über die deutschen Grenzen strömt, obwohl doch klar ist, dass er gar keine Chance hat, hier zu bleiben, denn wir schicken ja garantiert wieder alle zurück. Heute haben die Kosovaren einfach keinen Grund zur Beschwerde, schließlich hat die NATO ihnen einen eigenen Staat geschenkt, samt ganzen Kompanien von ausländischen Betreuern: einer Schutztruppe, KFOR und einer kopfstarken EU-Verwaltung namens EULEX. Im Sommer 2014 haben sie sogar noch einen Assoziierungs- und Stabilisierungsvertrag von der EU bekommen. Jetzt ist er wahr geworden, der Wunsch des damaligen Kanzlers Schröder („Wir wollen miteinander einen multiethnischen und demokratischen Kosovo, in dem alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben können“): Der Kosovare ist rundum frei von der serbischen Schreckensherrschaft, und das muss ja wohl reichen.

Die damalige, von der Öffentlichkeit aufgerührte Erschütterung angesichts der „*menschlichen Schicksale*“, der Aufruf, dass man unbedingt gegen diese „*humanitäre Katastrophe*“ einschreiten müsse, haben eben nur die moralische Umrahmung und den Rechtstitel für ein ganz anderes Interesse abgegeben. Welches Interesse das war, das ist der NATO-Antwort auf diese „*Katastrophe*“, der Einrichtung eines eigenen Staats für die Kosovaren und dessen desolater Verfassung nämlich deutlich anzumerken. In dem Fall konnten die NATO-Mächte deshalb einfach „*nicht wegsehen*“, weil dort das letzte Kapitel der Auflösung Jugoslawiens und der Bekämpfung „*großserbischer*“ Ambitionen unter Führung des „*letzten Betonkopfkommunisten*“ Milosevic zu erledigen war.<sup>1)</sup> Es ging um ein Stück Entmachtung Serbiens durch die Abtrennung dieser Provinz—und den USA ganz nebenbei und im besonderen darum, sich auf dem eroberten Territorium mit einem Riesenmilitärstützpunkt niederzulassen. Ob der neue Staat für sich irgendwie lebensfähig sein würde, war dafür und deshalb überhaupt ganz uninteressant; ob die darin anwesende Bevölkerung Mittel zum Überleben finden würde, noch uninteressanter. Das per Krieg eingerichtete Protektorat verdankt sich rein dem strategischen Interesse der NATO-Mächte, eine mög-

<sup>1</sup> Siehe GegenStandpunkt 2-99, Krieg auf dem Balkan – Die NATO-Mission

liche serbische Vormacht auf dem Balkan zu verhindern, so dass die Hilfsprogramme für den Wiederaufbau des Kosovo zwar alles Nötige für die gewaltmäßige Absicherung dieses Vorpostens, die Schaffung der elementaren Voraussetzungen für ein ziviles Leben aber gar nicht einschließen.

So etwas wie eine Wirtschaftstätigkeit ist im freien Kosovo kaum vorhanden; schließlich haben die Kriege und darauffolgenden Staatenausgründungen das frühere gesamtjugoslawische Wirtschaftsleben, von dem die Provinz recht und schlecht gelebt hatte, samt seinem sachlichen Inventar weitgehend zerstört. Was der kosovarische Staat an Einnahmen zu verzeichnen hat, kommt aus den diversen Geld- und Kredittöpfen der Garantiemächte, die diesen Staat nach ihrem Bedarf alimentieren. Als Erwerbsquellen verbleiben dem Volk erstens das Auswandern—anderswo in Europa legal oder schwarz Arbeitende unterhalten mit ihren Verdiensten ganze Sippschaften. Im Land taugt dafür zweitens hauptsächlich nur der Staatsapparat, soweit wie man als Politiker oder Funktionär da irgendwo Fuß fassen und den eigenen verwandtschaftlichen und politischen Anhang (Kürzelname ‚Clan‘) mitunterhalten kann, also alles, was unter das Stichwort Korruption fällt. Drittens generiert die zahlungsfähige Nachfrage, die vom US-Stützpunkt, den EU-Soldaten sowie der beträchtlichen Anzahl von EU-Beamten und Beratern im Justiz- und Verwaltungswesen ausgeht, rund um Pristina ein Spektrum von Erwerbsmöglichkeiten mit Aufsichts-, Fahrer-, Dolmetscher- und sexuellen Diensten. Und viertens hat sich der kosovarische Geschäftssinn mangels anderer Branchen auf Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel verlegt.

So etwas wie eine innere Stabilität geht dem Kosovo dann auch wegen der NATO-Konstruktion eines multiethnischen Staates ab, mit dem die Befreier den von ihnen protegierten albanischen Nationalismus auf ein handliches Maß zurückschrauben und von störenden großalbanischen Ambitionen abhalten wollen. Serben und Albaner leben in mühsam von der KFOR getrennten Gebieten und tragen ihre nationale Sache, wo sie eine Gelegenheit dazu finden, mit Blockaden, Handgreiflichkeiten und Schießereien aus.

Über all dem stehen die Schutzmächte mit ihrem Ordnungsmonopol, das sie von wegen ‚Stabilität‘ lieber gar nicht erst aus der Hand geben. Sie beanspruchen mit ihrer Gewalt, mit Richtern, Polizisten und Zollbeamten<sup>2)</sup> einen zivilen Verkehr zu regeln bzw. in Gang zu setzen, wie man ihn aus funktionierenden Gemeinwesen kennt—zu dem es aber so gut wie gar nicht kommt, weil dem Staatswesen die ökonomische Grundlage für ein Funktionieren ziemlich perspektivlos abhanden gekommen und die völkische Unzufriedenheit trotz des multi-ethnischen Friedensdiktats der Schutzmächte überhaupt nicht ausgestorben ist. Nicht einmal seine Funktionalität als zuverlässiger NATO-Stützpunkt mit EU-Anbindung ist selbstverständlich—mittlerweile kämpfen albanisch-nationalistische Parteien schon wieder für die „*Unabhängigkeit des Kosovo von fremden Mächten*“, nämlich gegen die westlichen Ordnungsbehörden, und die UÇK, die heldenhaften kosovarischen Freiheitskämpfer von früher, kämpfen für die albanische Sache und gegen die oktroyierten Grenzen im benachbarten Mazedonien.

So sieht es aus, das gesellschaftliche, politische und ökonomische Leben im Kosovo, das EU und NATO eingerichtet haben, kontrollieren und verwalten.

## Ab in die Heimat

Natürlich kennt auch die hiesige Öffentlichkeit, wenn sie gerade einmal will, die Zustände im Kosovo. Sie zählt sie alle auf—zwecks einer unmissverständlichen Klarstellung: Das Elend dort ist hausgemacht. Die Fluchtgründe, das aussichtslos elende Leben haben die Kosovaren ihren korrupten Politikern, Mitbürgern und mafiösen Verbrechern zu verdanken:

*„Für das Verharren Kosovos in Armut sind auch ausgedehnte rechtsfreie Räume mitverantwortlich. Sie sind Folge der allgegenwärtigen Korruption und der symbiotischen Beziehung zwischen weiten Teilen von Verwaltung und Politik mit der organisierten Kriminalität.“* (Dusan Reljic, ZEIT ONLINE 15.2.2015)

<sup>2)</sup> Die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX Kosovo, ist eine Mission der Europäischen Union, in deren Rahmen zwischen 1.800 und 2.000 Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte in den Kosovo entsandt werden. Sie sollen dem Land beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen und haben weitreichende, von der Administration des Kosovo unabhängige Befugnisse. (Wikipedia)

Wenn das Elend der Kosovaren auf ihrem eigenen Mist gewachsen ist, weil ihre unfähige bis verbrecherische Staatsgewalt Räume freilässt, anstatt sie mit unserem Recht aufzufüllen, kann Deutschland nicht für die fremden Versäumnisse haftbar gemacht werden. Und das „*Flüchtlingsproblem*“ ist mitnichten eines der Kosovaren, sondern eines, das die deutsche Politik mit ihnen hat.

Und die handelt; Innenminister de Maizière meldet in kürzester Frist Erfolge:

*„Wir hatten es in den ersten zwei Monaten des Jahres mit einem regelrecht organisierten Exodus aus dem Kosovo zu tun ... Wir haben dann energische Maßnahmen ergriffen, auch mit Unterstützung der albanischen und serbischen Regierung. Wir schickten z. B. 20 Bundespolizisten zur Unterstützung an die serbisch-kosovarische Grenze. In den Zügen über Ungarn waren trinationale Streifen unterwegs. Zudem haben wir im Kosovo mit dem Gerücht aufgeräumt, in Deutschland erhalte jeder Asylbewerber aus dem Kosovo 4.000 Euro bar auf die Hand. Das führte dazu, dass die Anzahl auf rund 100 zurückging.“*

([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de))

Die deutsche Politik nimmt die zwischen dem Kosovo und uns liegenden Staaten für ihre Grenzsicherung in die Pflicht, deutsche Polizisten „helfen“ schon weit außerhalb ihres normalen Einsatzbereichs, „die Grenze zwischen Serbien und Ungarn zu sichern, auch auf der Zugstrecke von Budapest über Wien nach München soll es verstärkte Kontrollen geben“ (WDR Nachrichten 12. 2. 2015).

Die eigenen Diplomaten vor Ort steuern sachdienliche Ratschläge bei: „*Erst wenn eine größere Anzahl von Kosovaren medienwirksam per Sammel-Charterflieger zurückkehrt, deren Verfahren innerhalb weniger Wochen in Deutschland abgeschlossen wurden, spricht sich herum, dass sich illegale Einwanderung nach Deutschland nicht rechnet.*“ (SPIEGEL ONLINE 8. 2. 2015)

Die kosovarische Regierung gehorcht und tut ihr Bestes, um ihr Volk zu mehr Heimatliebe zu vergattern. Und

zur Beschleunigung der AbschiebeprozEDUREN schlägt der Chef des Flüchtlingsamts vor:

*„Kosovo muss sicheres Herkunftsland werden. Menschen aus dem Kosovo und Albanien suchten in Deutschland eine bessere Perspektive, würden aber nicht systematisch verfolgt.“ (FAZ, 27. 4. 2015)*

Das pure Überleben-Wollen ist schließlich kein Grund, Deutschland auf die Nerven zu fallen. Um Gegenstand unserer Anteilnahme und tatkräftigen Hilfe zu werden, muss das Elend schon einen imperialistischen Nutzen haben: Als Rechts- und Moraltitel, um den serbischen Behauptungswillen zu brechen und Serbien um eine Provinz zu verkleinern, war der kosovarische Menschenschlag brauchbar und nützlich; als Einwanderer kann sie niemand brauchen. Da ist es längst überfällig, dass der Kosovo zum sicheren Herkunftsland erklärt wird; zum Leben reichen die Verhältnisse zwar kaum, aber sicher sind sie dann auf jeden Fall.

## **Neues aus der deutschen Willkommenskultur: Die Wanderarbeiter aus Ost- europa – der willkommene Bodensatz des deutschen Proletariat**

Seit einigen Jahren ist ein dunkler Fleck in der blühenden Landschaft der Schwarzen Null und der Export-Weltrekorde zu einem festen Bestandteil der kritischen Berichterstattung geworden: die Arbeits- und Lebensumstände osteuropäischer „Wanderarbeiter“. Von „*unseren neuen Hungerlöhnern*“ und einem „*modernen Sklaventum*“ ist da die

Rede—also von dem, was kritische Journalisten heute allenfalls als einen Fall von „Ausbeutung“ einzustufen bereit sind: härteste Arbeit zu niedrigem Lohn, der nicht selten ganz ausfällt, 14-Stunden-Tage bei 6- bis 7-Tage-Wochen, Unterbringung in Dreckslöchern zu Wucherpreisen etc. Solche Vorfälle mögen noch so zahlreich, die Aufdeckungen noch so regelmäßig geworden sein—kritische Journalisten lassen es sich einfach nicht nehmen, sie immer wieder mit unterschiedlichen Abwandlungen der rhetorischen Frage zu kommentieren: So was gibt es bei uns? In Deutschland? Das passt einfach nicht!

Manchmal braucht es eben deutliche Worte von oben, um in solchen Fragen für Klarheit zu sorgen. Bei einem Staatsbesuch in Bulgarien hat Außenminister Steinmeier einen kurzen und bündigen Hinweis gegeben, dass und wie das alles sehr wohl zu Deutschland passt. Auf die Frage eines bulgarischen Journalisten, „wie schwerwiegend“ das Problemthema „Einwanderung, einschließlich bulgarischer Bürger“ derzeit aus Sicht der deutschen Regierung sei, sind von ihm folgende beruhigende Worte zu vernehmen: *„Wenn Bulgaren nach Deutschland ziehen, um dort zu arbeiten, tun sie das nicht als Migranten aus Drittstaaten, sondern sie nehmen ihr Freizügigkeitsrecht als Unionsbürger in Anspruch. Dieses Recht ist eine der wichtigsten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses, gerade Deutschland profitiert davon sehr.“* (Steinmeier in Bulgarien, 6. 3. 2015)

Von wegen, Bulgaren und ihre osteuropäischen Kollegen seien bloß Fremdlinge ohne einen berechtigten Platz in Deutschland. Als „Unionsbürger“ gehören sie doch längst zu uns! Dass sie ihr großartiges Freizügigkeitsrecht so massenhaft in Anspruch nehmen, ist nur die Kehrseite einer etwas länger zurückliegenden, aber nicht minder „wichtigen Errungenschaft“. Mit der Abwicklung des Ostblocks und den Resultaten einer über 25 Jahre niederkonkurrierten Wirtschaft—nicht zuletzt durch überlegene deutsche Kapitale—ist den „wandernden“ Osteuropäern eine etwas andere Sorte Freiheit zuteil geworden; sie sind frei von allen Mitteln und Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt dort zu verdienen, wo sie wohnen. Jetzt können sie ihre Freiheit

nutzen, um sich in Deutschland in Anspruch nehmen zu lassen—was nicht nur für die mittellosen Bulgaren, sondern auch für das mit schlagkräftigem Kapital bemittelte Deutschland eine frohe Botschaft ist. Und dank der extensiven Aufdeckungsarbeit seiner kritischen Öffentlichkeit daheim braucht Steinmeier nicht näher darauf einzugehen, wer wie davon profitiert, wenn „*Deutschland*“ von der Zuwanderung der Osteuropäer profitiert.

Es ist ja auch kein Geheimnis: Es ist nämlich gerade die besondere Sorte Fremdheit der östlichen EU-Bürger, die sie zu einer schönen Ergänzung am unteren Ende der einheimischen Arbeiterklasse macht. Ihre besondere materielle Notlage, die sie von daheim mitnehmen, zusammen mit ihrem rechtlichen Kombi-Status als im osteuropäischen Ausland ansässige, aber zur Freizügigkeit berechnete „*Unionsbürger*“, prädestiniert sie im deutschen Inland insbesondere für die Sorte Benutzung, bei der es beim Arbeiten vornehmlich aufs pure Aushalten ankommt. Erstens hat das deutsche Kapital mit den staatlich anerkannten Rechtsformen namens Werkvertrag, Subunternehmerregelung, Leiharbeit etc. eine Fülle von Mitteln in der Hand, seine Kosten- Ertrags-Rechnung aufzubessern—in der Regel mit einer Bezahlung weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns und außerhalb jeder tariflichen Bindung. Zweitens bringt die besondere Notlage dieser Arbeiter wie von selbst den Willen hervor, einfach alles auszuhalten, was das Kapital ihnen an Arbeitszeit, -intensität und Bescheidenheit in puncto Lohn abverlangt. So dass sich die einschlägige staatliche Rechtsordnung eher als Ausgangsbasis denn als geschlossener „*Rahmen*“ für die profitbringende Ausnutzung dieser „*Unionsbürger*“ erweist. Schwarzarbeit und Lohnbetrug sind hier keine Seltenheit, was den Staat schon wieder auf den Plan ruft: Nachdem er die besonders kapitalfreundliche Ausnutzung der Wanderarbeiter rechtlich erlaubt, verbietet er Exzesse — was bekanntlich nicht immer mit ihrer Abstellung zusammenfällt. Zwar sind Lohnbetrug, Mietwucher und Schwarzarbeit aus ordnungspolitischen und steuerlichen Gründen Straftatbestände, aber bei deren Verfolgung—falls es überhaupt zu einer Klage

kommt—richten sich die Behörden nach einer Rechtslage, die fast regelmäßig Betroffene mit ihren Existenznöten an den Rechtskonstruktionen findiger Sub-, Sub-Sub und Sub-Sub-Sub-Unternehmer scheitern lässt.

Das deutsche Kapital selber tut einiges dafür, den Zustrom und die Unterbringung dieser riesigen Reservearmee bedarfsgerecht zu organisieren. *„Die Stellenanzeigen auf der Internetseite des Unternehmens sind deswegen nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Polnisch und Slowenisch“*. Und: *„Regelmäßig buchen die hiesigen Unternehmen Busse für den Transfer“*. (FAZ 6. 2. 2015)

Das mobilgemachte osteuropäische *„Humankapital“* wird—just in time—angekarrt, wenn es *„Arbeit gibt“*; am Ende des Arbeitstages wird es meist direkt am Arbeitsplatz verstaubt, damit es am nächsten Tag ohne Zeitverlust weitermachen kann. Und da diese Arbeiter weder Zeit noch sonst die Möglichkeit haben, sich eine Wohnung zu besorgen, aber von Staats wegen einen Wohnsitz vorweisen müssen, kann pro Bett abgerechnet werden. So fällt dann auch für eine andere Abteilung des deutschen Kapitals, die Haus- und Grundbesitzer, eine Miete ab, die sich mit besten Innenstadtlagen messen kann. Wenn der Dienst am deutschen Wachstum erledigt ist, lassen sich diese Arbeiter ohne lästige Formalitäten und Tarifgezerre in die Heimat entsorgen. Bis wieder einmal das Telefon klingelt ...

Summa summarum: Der staatlich durchgeregelte Status der Osteuropäer als hiesige Saisonarbeiter mit einem Bein in der fernen Heimat verschafft den deutschen Unternehmen die Freiheit, erstens Leistungsanforderungen zu stellen, die schon über ein halbes Arbeitsleben in der Regel den Ruin bedeuten, und zweitens Löhne zu zahlen, die ein Leben zu hiesigen Preisen schlicht unmöglich machen. So sieht also die Anwendung des allgemeinen Prinzips des kapitalistischen Zugriffs auf Arbeit aus, wenn sie auf eine in die marktwirtschaftliche Freiheit und europäische Einheit beförderte Ost-Bevölkerung angewendet wird. *„Möglichst wenig Lohn für möglichst viel Arbeit dann und dort, wo und wie man sie haben will“*—dieser Grundsatz unternehmerischer Verantwortung kann sich bei dieser Spezies in besonders

drastischer Weise entfalten. Das mag ein Auswuchs von der Normalität eines deutschen Arbeitsverhältnisses sein, aber eben davon. Die kritische Öffentlichkeit mag in den Betroffenen in erster Linie den noch nicht zum EU-Standard herangereiften Osteuropäer sehen—eine Sonderexistenz im Verhältnis zum einheimischen Lohnabhängigen, zum „Hoch-“ oder wenigstens „Mindestlohn- Leistungsträger“ deutscher Nationalität. Aber das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. In allererster Linie handelt es sich hier längst um einen fest eingeplanten, unverzichtbaren Teil des deutschen Proletariats—nämlich der im Land verfügbaren Manövriermasse deutscher Kapitalisten.

Der osteuropäische Bodensatz der deutschen Arbeiterklasse ist, so die FAZ, keineswegs ein Haufen zwielichtiger „Migranten“ aus irgendwelchen „Drittstaaten“. Für das, was das deutsche Kapital in Zusammenarbeit mit der Rechtsetzung des deutschen Staats aus ihnen macht, erhalten sie öffentliches Lob:

*„Die Männer und Frauen aus Osteuropa sind beliebt bei deutschen Arbeitgebern, denn sie sind freundlich und zäh. Sie stehen viele Stunden am Sortiertisch und jammern nicht. Weihnachten feiern sie später und arbeiten an den Feiertagen durch.“*  
(FAZ 6. 2. 2015)

Vor so viel aus der Ohnmacht geborener Anpassungsbereitschaft kann der Wirtschaftsjournalist nur den Hut ziehen. Willkommen in der deutschen Arbeiterklasse!

## Manuela Schwesig gendert den Kapitalismus: Die Klassenherrschaft wird weiblicher

Die Verabschiedung des Gesetzes zur Frauenquote durch Bundestag und Bundesrat im März erklären seine Macher zu einer Sternstunde der Frauenemanzipation. Gefeierte wird das *„Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“* als eine *„Initialzündung für mehr Gleichberechtigung“*, die *„einen Kulturwandel in Deutschland“* einleitet (Staatssekretär Kelber). Die Familienministerin spricht sogar von einem *„historischen Schritt“*, dem als *„nächster Schritt zur Gleichberechtigung“* der *„Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen“* (Tagesschau, 27. 3. 2015) folgen soll. Über diesen *„größten Beitrag zur Gleichberechtigung seit Einführung des Frauenwahlrechts“* (Maas, SPD) können sich demnächst also ca. 250 handgezahlte Spitzenfrauen freuen: Ab dem 1. Januar 2016 müssen in rund 108 börsennotierten Unternehmen Frauen bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten zu 30 % berücksichtigt werden—sonst bleibt die Stelle unbesetzt—, und *„3500 weitere Firmen müssen sich ab 2015 zumindest verbindliche Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen setzen“* (Manager-Magazin, 6. 3. 2015). Die politischen Gestalter der sozialen Verhältnisse legen offenbar großen Wert auf Frauen in der Spitze von Konzernen. Dass die dort bislang unterrepräsentiert sind, finden die Gesetzgeber ungerecht, handelt es sich doch bei diesen Jobs um die mit den größten Machtbefugnissen und der höchsten Bezahlung. Dabei spielt das, was die neuen Frauen da im Dienste des großen Kapitals künftig machen sollen, jenseits der abstrakten Bestimmung, sie sollten eben vermehrt *„führen“*, keine Rolle.

### 1.

Zwei erfolgreiche Beispiele *„weiblicher Führungsstärke“* machen aber bereits vor, was in Zukunft für immer mehr Quo-

tenfrauen möglich sein soll. Die Firma Siemens setzt große Hoffnungen in eine Janina Kugel, die Anfang des Jahres als Personalvorstand *„eine Schlüsselposition im Konzern übernimmt“* und für 341.000 Mitarbeiter *„zuständig ist“*. Sie wird also zum Nutzen der Siemens-Aktionäre Entscheidungen fällen über die Arbeit, die andere Leute zu machen haben. Sie wird diese kontrollieren und ihnen sagen, für welches Geld was zu tun ist; und sie wird aus ihnen mit Hilfe vieler Untergebener beiderlei Geschlechts die Arbeit herausholen, die die Siemens-Eigentümer noch reicher macht, und, wo dies nicht der Fall ist, solche Arbeit abschaffen. Deshalb hat sie in ihrer Funktion *„als neue Arbeitsdirektorin“* unter anderem die Aufgabe, *„in Deutschland 3.300 und weltweit 7.800 Stellen zu streichen“* (FAZ, 4. 4. 2015). Das soll man einfach super finden. Jetzt nicht direkt die Entlassungen, obwohl die schon irgendwie—leider natürlich—nötig sein werden; aber dass eine Frau sich dieser *„konfliktreichen Aufgabe“* stellt, das soll einen schon begeistern:

*„Es ist eine atemberaubende Karriere für die resolute gebürtige Stuttgarterin. ... Dabei übernimmt die Mutter von Zwillingen als neue Arbeitsdirektorin eine alles andere als leichte Aufgabe. ... Die Strukturen sind noch immer starr, zudem sollen Tausende Stellen gestrichen werden, viele Mitarbeiter müssen sich intern auf neue Jobs einstellen. Das birgt viel Potential für Konflikte. ... Kugels Vorgänger sind alle gescheitert.“* (SZ, 27. 1. 2015)

Offenbar wird es für einen echten Fortschritt der Gleichberechtigung gehalten, wenn nunmehr Frau Kugel bei der rentabilitätsorientierten Um- und Wegorganisation tausender Arbeitsplätze erfolgreicher wäre als ihre männlichen Vorgänger. Soll man sich wirklich vorstellen, dass der Verlust des Einkommens durch Entlassung einen Betroffenen weniger hart ankommt, wenn die Entscheidung gegen seine Lebensverhältnisse durch eine zweifache Mutter getroffen wurde? Die Frage ist unpassend, weil es hier entschieden um die exemplarische Erfolgsgeschichte einer Frau an den Schalthebeln des unternehmerischen Privateigentums gehen soll, weswegen an dieser Stelle nicht interessant ist, dass die weibliche Führungskraft massenhaft anderen Leuten das

Leben schwer macht, sondern dass sie an sich selbst hohe Ansprüche stellt. Eine Frau, die, „ganz Familienmensch“, in all ihrer Weiblichkeit auch für die notwendigen Härten globaler Unternehmerverantwortung einsteht, verdient dafür unsere Sympathie und darüber hinaus unsere Bewunderung, wenn sie das, was sie mit der ihr ausgelieferten Belegschaft vorhat, ganz munter als Betätigung ihrer persönlichen Neigung zum Aufräumen ankündigt: Die „Konflikte“, die sie zu Lasten der Belegschaft anzetteln will, schrecken sie nämlich nicht, hatte sie doch „immer mit Veränderungen zu tun, meist mit Situationen, in denen Dinge umgekrempelt werden müssen“ (Human Resources Manager, 5. 12. 2014). Solche Frauen braucht das Land—nicht immer solche, die dauernd ihre Wohnung umräumen, sondern solche wie die Kugel, die als Frau führt und von Berufs wegen die Existenzen tausender Siemens-Beschäftigter „umkrempelt“—und nebenher noch ihre Zwillinge und ein „kleines Familienunternehmen managt“!

Während Kugel bereit ist, ein Kommando in der wirklichen Arbeitswelt einer globalen Firma zu übernehmen, spielt eine andere Vorzeigefrau, Christine Lagarde, Chefin des IWF, ihre Rolle auf dem Feld der internationalisierten finanzpolitischen Herrschaft der den IWF beherrschenden Weltmächte. Ihr erweist die SZ unter der Rubrik „Finanzfrauen“ die nächste Reverenz. Als „Schlüssselfigur“ des „internationalen Finanzparketts“ hat sie es auch „ganz nach oben“ geschafft und bewiesen, dass Frauen sich auch als Führungsfiguren in der internationalen Finanzwelt bewähren können. Sie mischt nicht nur wie Kugel eine Weltfirma, sondern ganze Länder auf. In der Welt der Nationalbanken und ihrer Staatsschulden ist sie als Charaktermaske des imperialistisch verwalteten Reichtums (d. h. als eine Person, die ausschließlich in diesem Sinne denkt und handelt) und dabei ganz „bewusst“ als „Frau“ zu Hause: „Lagarde ist sehr bewusst Frau. Sie äußert sich schon mal scharf gegen Sexismus, hält die Beteiligung von Frauen für einen Schlüssel zu Wachstum und Wohlstand ... In Krisenzeiten seien Frauen die besseren Führungskräfte, sagte Lagarde einmal ...“ (SZ, 28. 2. /1. 3. 2015) Was sie da in ihrer „Führungsposition“ zu tun hat, ist zwar hier nicht von Belang, jeder Interessierte

kann es aber den Nachrichten entnehmen: Mit ihrem Währungsfonds teilt sie Staaten Kredit zu, anderen, die die vorgegebenen Konditionen nicht einhalten, verweigert sie ihn. So entscheidet sie mit über Wohl und Wehe von Nationen, deren kapitalistisches Lebensmittel der Kredit ist, und die ihn durch die Zurichtung ihrer Völker nach den Renditeanforderungen der Gläubiger als ihr Lebensgesetz anzuerkennen haben. Dass das gerade die verarmten Massen Griechenlands empfindlich zu spüren bekommen, nimmt kein Freund der Gleichberechtigung einer Frau wie Lagarde übel. Sie tut, was getan werden muss, und sie tut es als Frau, die sich jeder erforderlichen Härte fähig zeigt; die damit ihre Qualifikation beweist, und der man—schließlich soll sie ja als Ausbund femininer Führungskraft gefeiert werden—dann auch noch unbesehen den dummen Spruch abnimmt, dass die Abwicklung der Einkommensquellen eines ganzen Volkes durch eine weibliche „*Führungskraft*“ mindestens genauso gut, ja eher besser, bewerkstelligt werden kann als durch eine männliche ...

## 2.

Die eine Führungsfigur setzt mit viel Laune zum „*Konflikt*“ bei Siemens rentablere Arbeit und weniger Arbeitsplätze durch, die andere terrorisiert und maßregelt über den IWF ganze Staaten. Die „*Führungspositionen*“ dieser mustergültigen Frontfrauen des Kapitalismus zeugen von dem Gegensatz, in dem ihre Tätigkeit zur Mehrheit der Frauen und Männer steht, seien sie Angehörige eines Betriebes oder eines zinspflichtigen Staatsvolkes. Das soll aber mitten im rasanten Fortschritt der Gleichberechtigung per Quotengesetz keine Rolle spielen. Da will die Begeisterung für diesen „*Kulturwandel*“ in Aufsichtsräten und anderswo eben einmal etwas anderes wichtig nehmen: Sie pocht an so einem gesetzlichen Feiertag der Frauenrechte darauf, die soziale Identität des Menschen läge noch allemal in seinem Geschlecht, und schreibt diesem so enorme Bedeutung zu, dass der Herrschaftscharakter der Führungsaufgaben in dieser Gesellschaft dahinter glatt verschwinden soll.

Dass es für Führungsaufgaben Geführte braucht, versteht sich von selbst. Die Diskriminierung der sozialen

Klassen durch ihre Verteilung auf die Hierarchie der Berufe und der mehr oder minder auskömmlichen Einkommen soll dann völlig in Ordnung gehen, wenn endlich die Geschlechterdiskriminierung überwunden ist, die Kommandohöhen der politischen und ökonomischen Herrschaft auch für Frauen erreichbar sind und wirklich nur mehr die Leistung im Dienst an fremdem Eigentum über gesellschaftlichen Rang und Teilhabe am Reichtum entscheidet.

---

Fortsetzung S. 2

<http://argudiss.de/node/337>

Das ist der Katastrophe zweiter Teil:

Auch hierzulande gibt es für die Masse der Flüchtlinge keinen Lebensunterhalt, weil Europas Gesellschaften dafür keinen Bedarf haben. Warum? Irrweg, Hartherzigkeit, böser Wille?

Manche Flüchtlingshelfer appellieren, den Flüchtlingen doch rasch das Arbeiten zu erlauben. Dabei können auch sie wissen, dass Arbeiten und Geld verdienen dürfen nie dasselbe ist wie es können. Der Bundesinnenminister argumentiert gegen die guten Menschen mit professioneller Sachkunde über sein Regierungsgebiet, in dem die Masse der Flüchtlinge nun mal keine Perspektive hätten, so dass es geradezu menschlich und allemal ehrlicher sei, sie abzuschieben und Nachrückende abzuschrecken statt unehrliche Hoffnungen zu verbreiten. Das kann man als Heuchelei anprangern, weil der Minister nur seine eigenen Beschlüsse, die Flüchtlingen keine Perspektive erlauben, wie eine Sachlage darstellt. Das kann man aber auch als Auskunft verstehen über den Staat, um dessen Ordnung er sich kümmert: Der hat sein Volk, und die herrschende Wirtschaftsweise legt allein nach ihren Rechnungen fest, wie viel Menschen sie braucht. In ihr definiert eben nicht der

Bedarf der Menschen nach Lebensunterhalt, was von wem zu arbeiten ist. Umgekehrt: Die Menschen werden vom Bedarf der privaten Arbeitgeber nach rentabler Arbeit und vom Bedarf öffentlicher Haushalte nach Dienstkräften eingeteilt in bezahlte Gebrauchte und Übrige. Die Deutschen, die über sind, heißen in Deutschland Arbeitslose und werden entsprechend behandelt. Flüchtlinge bringen es in der Regel nicht mal dazu. Europäische Politik hat jahrelang ihr Urteil, dass für Flüchtlinge hier kein Platz ist, zumal kein wirtschaftlicher Bedarf und deshalb auch kein Geld für sie da ist, mit aller Macht und Härte durchzusetzen versucht: Mit Grenzsicherung, Rückführung, Abschreckung, Festhalte- und Rücknahmeverträgen hat sie sicherstellen wollen, dass unbestellte Elendsfiguren in ihren Grenzen verbleiben. Sie bilanziert: Sie ist gescheitert. Woran? An Flüchtlingen, die das Risiko, dass ihre Flucht scheitert und sie dabei sogar umkommen, für geringer erachten als das, was sie in ihren Herkunftsregionen auf ihr Leben zukommen sehen. So gesehen ist Europas Flüchtlingspolitik an den Zuständen gescheitert, zu denen es in ihren weltwirtschaftlichen Partnerländern, Gegenküsten und Kampfgebieten gegen den Terrorismus und gegen Diktatoren gekommen ist.

Davon lässt sich europäische Politik nicht ablenken, bleibt bei Flüchtlingspolitik und reformiert sie.

- Eine neue Innenpolitik für Europa muss her, die vom dauerhaften Verbleib einer zwar wechselnden, aber eher steigenden Masse Leute ohne Nutzen für und ohne Platz in Europa ausgeht und sie in dieser Rolle einer Last einordnet. Was kommt dabei heraus?

- Eine erneuerte Außenpolitik muss her, die etlichen Herkunfts- und Durchgangsländer eine neue Diagnose ausstellt: Die können oder wollen die Menschen nicht in ihren Grenzen festhalten, wie das Europa von diesen Ländern wollte. Also ergreift Europa Maßnahmen, auf dass das trotzdem passiert. Was kommt dabei heraus? Als „das Erste“ (Merkel) eine Seenotrettung, weil massenhaft Ertrinkende im mare nostrum Europas die Flüchtlinge gar nicht so abschrecken, wie das Europas Politik zugegebenermaßen vorhatte, sondern nur ein schlechtes Licht auf Europas Zuständigkeitsbereich werfen. Jetzt gilt jeder Gerettete als Werbung für Europa. Warum es ein Pech ist, zum Fall für Europas Humanismus zu werden, soll Thema der Veranstaltung sein.

---

**Diskussionstermine  
der Politischen Gruppe zu  
wechselnden Themen aus  
den Bereichen Politik,  
Ökonomie, Gesellschaft und  
Wissenschaft**

**– in Erfurt regelmäßig am  
1. Dienstag im Monat um  
18:30 Uhr im offenen Bereich  
der [ L50 ], Lassallestr. 50**

---

Weitere Informationen, aktuelle Themen,  
Ankündigungstexte und Materialien unter:  
[pg.blogsport.de](http://pg.blogsport.de)